Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

21 Am See. | **Cotillon.** | Am See 21.
Knallbonbons. • Attrappen. • Luxuscartonnagen.
Oscar Fischer.

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 50 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Karl Bielich, Annoncenexpedition
Telephon Amt II 265. DRESDEN-N. Telephon Amt II 265.
Lutherplatz No. 1 und Priessnitzstr. No. 2 (Ende der Bautznerstr.)
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements
für die „Dresdner Nachrichten.“

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemen aus
Gummi
Guttapercha
Asbest
fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Badekapseln zur leichten, schnellen und billigen Bereitung eines erfrischenden, überaus stärkenden Bades im Hause, vollständiger Ersatz für **Kräuter-, Fichtennadel-** und **kohlensaure Bäder** etc. Jede Kapsel enthält die wirksamen Bestandtheile von ½ Pfd. frischen Mai-Kräutern. Pro Schachtel zu 6 Vollbädern ausreichend, 2 Mark. **Alleinverkauf** und **Versandt**
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt No. 8. Gegründet 1560.

„Universal“ Dr. med. Worfermann's **neues vervollkommnetes Patent-Bruchband,** unerreicht an Sitz und Wirkung und ein Segen für jeden Bruchleidenden. **Alleinverkauf** bei
M. H. Wendschuch sen. nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 45. Spiegel: Mittelamerikanischer Kanal. Hofnachrichten. Wohlfahrtspolizeiliche Revisionen. Gerichtsverh. Engl.-japan. Abkommen. K. Konservatorium. Bröll-Heuer-Stiftung | Muthmaßliche Witterung: **Heiteres Frostwetter.** | **Sonnabend, 15. Februar 1902.**

Der mittelamerikanische Kanal.

Die Frage „Nicaragua- oder Panamakanal?“ beschäftigt gegenwärtig wieder einmal lebhaft die parlamentarischen Kreise Nordamerikas und es ist immer noch nicht mit Sicherheit abzusehen, welches von den beiden Projekten schließlich zur Ausführung gelangen wird; und doch drängt die Union ihre politische und wirthschaftliche Stellung gebieterisch auf den baldigen Bau eines mittelamerikanischen Kanals hin. Schon im Jahre 1850 waren über diese Frage von den interessirten Mächten Verhandlungen gepflogen und schließlich zwischen den Vereinigten Staaten und England der nach den beiderseitigen Vertretern benannte Clayton-Bulwer-Vertrag geschlossen worden, der beiden Mächten gleiche Rechte an dem zu bauenden Kanal zusicherte. Daß die Union später dieses Abkommen, das ihrer heutigen Machtstellung in keiner Weise mehr entsprach, als lästiges Hinderniß bei der Erlangung des politischen Uebergewichts in Amerika mit allen Mitteln aus dem Wege zu räumen suchte, ist im Grunde sehr begreiflich. Der Zeitpunkt dazu im verflossenen Jahre war gut gewählt. England zeigte — wohl unter dem unheimlichen Eindrucke seiner bisher stolz citirten „splendid isolation“ — eine in der englischen Geschichte einzig dastehende Nachgiebigkeit gegen seinen amerikanischen Vetter und Konkurrenten. So kam der Vertrag zu Stande, der in der Hay-Pauncefote-Akte niedergelegt ist und der die Union allein berechtigt, für die Aufrechterhaltung der Neutralität des Kanals zu sorgen, und ihr allein das Recht einräumt, den Kanal mit Festungswerken zu versehen.

Während sich das Repräsentantenhaus kürzlich für das Nicaragua-Projekt ausgesprochen hat, neigt der Präsident Roosevelt sichtlich mehr dem Panama-Kanal zu. Mögen auch bei dem ersteren die geklärten politischen Verhältnisse und die geringere Entfernung von den nordamerikanischen Häfen bestechend wirken, so fällt dagegen beim letzteren neben der leichteren technischen Ausführbarkeit, die beim Nicaragua-Projekt durchaus noch nicht völlig gesichert erscheint, und dem wesentlich kürzeren Verlauf der Umstand in's Gewicht, daß der Panama-Kanal einen um etwa 700 Kilometer weiter vorgeschobenen Posten bei den panamerikanischen Bestrebungen der Union bedeuten würde. Dazu kommt noch, daß das auf 200 Millionen Mark lautende ursprüngliche Ablösungsangebot der Panama-Gesellschaft auf 160 Millionen ermäßigt worden ist und so ganz annehmbar erscheint, zumal diese einbegriffen die Kosten des Panama-Kanals nach vorläufiger Schätzung der zur Untersuchung der beiden Projekte eingesetzten Kommission die des Nicaragua-Kanals, nämlich rund 800 Millionen Mark, bei Weitem nicht erreichen würden. Das Nicaragua-Projekt will unter Benützung des gleichnamigen Sees eine Wasserstraße von Greytown (San Juan del Norte) auf der atlantischen Seite nach Brito am Stillen Ocean schaffen. Zu diesem Behuf sollen zunächst die beiden Flüsse im Osten und Westen des Sees, der San Juan und der Rio Grande, durch zwei mächtige Dämme bei Achoa und La Flor derart gestaut werden, daß ihr Wasserstand den Seespiegel erreicht. Auf diese Weise würde zwischen den genannten beiden Punkten die Scheitelstrecke des Kanals entstehen, die sowohl von der atlantischen als von der pacifischen Seite her mittelst drei großer Schleusen zu ersteigen wäre. Die Gesammtlänge des Kanals würde 273 Kilometer betragen. Demgegenüber bietet das Panama-Projekt technisch manche Vorzüge. Nachdem der Lesseps'sche Plan eines Nicaragua-Kanals, der durch seine unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten hauptsächlich an dem Scheitern der ersten Panama-Gesellschaft schuld war, aufgegeben ist, hat die neue Gesellschaft ebenfalls zum Scheitelkanal gegriffen, der auf beiden Seiten durch je vier Schleusen erstiegen werden muß und dessen Gesammtlänge 73 Kilometer beträgt. Gelingt es der Union, mit der Panama-Gesellschaft handelseinig zu werden und damit die im Hay-Pauncefote-Vertrag gewährleisteten politischen Rechte auf deren Projekt zu übertragen, so verdient dieses entschieden den Vorzug.

Neben der militärisch-politischen Seite der erhöhten Operationsfähigkeit der nordamerikanischen Kriegsmarine liegt die Hauptbedeutung des mittelamerikanischen Kanals zunächst in der Vereinfachung und Verbilligung des amerikanischen Lokalhandels und -Verkehrs zwischen Ost- und Westküste. Den wesentlichsten Vortheil werden also, wie recht und billig, die Amerikaner selbst haben. Den nordamerikanischen Pacificbahnen allerdings wird der Kanal einen nicht unbeträchtlichen Abbruch thun, andererseits aber zweifellos vielen amerikanischen Handelsartikeln, die den theuren Bahntransport nicht vertragen, neue Absatzgebiete eröffnen.

Was nun die internationale Bedeutung des Kanals als Welthandelsstraße betrifft, so ist man bei oberflächlicher Betrachtung geneigt, sie zu überschätzen und eine Verschiebung des Weltverkehrs von ihm zu erwarten. Dies ist aber nach den heutigen kommerziellen und politischen Verhältnissen ausgeschlossen. Der kürzeste Weg nach Ostasien wird für die mitteleuropäische Dampfschifffahrt nach wie vor der durch den Suezkanal bleiben; so beträgt z. B. die Entfernung von Hamburg nach Hongkong via Suez 10 200, durch den mittelamerikanischen Kanal via Yokohama-Nagasaki 14 400 Seemeilen. Auch der Weg nach Japan ist über Suez immer noch kürzer als über Mittelamerika. Erst bei Australien tritt eine Verschiebung zu Gunsten des westlichen Weges ein, durch den die Fahrt gegenüber dem früheren Weg um etwa 2400 Seemeilen verkürzt wird. Hier spielt nun aber auch die Kostenfrage herein. Bei beiden Routen kommen Kanalgebühren zur Erhebung, die beim mittelamerikanischen voraussichtlich um 4 Mk. pro Registertonne höher als beim Suezkanal sein werden. Was also an Weg gewonnen wird, würde zum Theil durch den höheren Tarif wieder verloren gehen. Ein weiteres Moment, das für die Wahl der Verkehrsstraße sehr in die Waagschale fällt, sind die Zwischenstationen. Auf so großen Handelswegen, wie die hier in Betracht kommenden, bewegt sich der Handel nicht direkt zwischen dem Ausgangs- und Endpunkt, umfaßt vielmehr auch die auf dem Wege liegenden Zwischenstationen, auf die er zum Theil, um bestehen zu können, angewiesen ist. Es werden sich zwar auf einer neuen Handelsstraße solche Etappen rasch herausbilden, jedoch würden sich diese im vorliegenden Falle mit denen der Suezroute, die stets dicht an Kulturländern hinführt, nicht messen können.

Sehr viel größer allerdings wären die Vortheile, die der Kanal dem Verkehr zwischen Amerika und Europa einerseits und Amerika und Asien bezw. Südsee andererseits bieten würde. Doch kommt es auch hier sehr auf die Höhe der Kanalgebühren und darauf an, ob die Waaren diese vertragen können. Ist dies z. B. bei den kalifornischen Weizentransporten der Fall, so werden dagegen die Erz- und Salpeterschiffe Chiles nach wie vor um Kap Horn fahren müssen. Dasselbe ist mit allen Segelschiffen der Fall, zumal bei diesen außer den Kanalgebühren noch die Schleppenkosten dazu kämen. Für Deutschland, dessen Waarenaustausch mit Ostasien, Oceanien und Australien sich auf etwa 600 Millionen, mit Westamerika auf 150—200 Millionen beläuft, hat dieser Punkt erhöhte Bedeutung. Wenn man bedenkt, daß der Weg von New-York nach Shanghai nach Vollendung des Kanals kürzer sein wird als von Hamburg nach Shanghai — von dem noch günstiger gelegenen New-Orleans abgesehen —, so kann man sich in Deutschland auf eine scharfe Konkurrenz gefaßt machen.

Es bliebe nun nur noch die militärische Seite zu untersuchen. Auf den ersten Blick wirkt die Aussicht bestechend, daß im mittelamerikanischen Kanal ein Ausweg ersteht für den Fall, daß einmal im Kriege der Suezkanal seitens England gesperrt sein sollte. Dem ist entgegenzuhalten, daß die natürliche Folge der Sperrung des Suezkanals mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Sperrung des mittelamerikanischen Kanals für die kriegführenden Parteien seitens der Union wäre, denn diese hat kein Interesse daran, durch Offenhaltung des Kanals einen Theil des Kriegsschauplatzes in ihre Gewässer zu verlegen. Für Deutschland eine neue Mahnung, sich im Anschluß an die Bagdadbahn durch Erwerbung einer Flottenstation im Persischen Golf für alle Fälle einen Weg nach Ostasien und der Südsee offen zu halten.

Nach der jetzigen Lage der Dinge wird also der mittelamerikanische Kanal die Bedeutung des Suezkanals nicht erlangen. Eine andere Sache wird dies natürlich, wenn einmal die Südsee auf den ihr beigelegten Namen „Mittelmeer der Zukunft“ wirklich Anspruch machen kann, nämlich wenn sich dort der wirthschaftliche Kampf der Völker concentrirt.

Neueste Drahtmeldungen vom 14. Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** Die Berathung des **Postetats** wird fortgesetzt. — Abg. **Hug** (Centr.) führt Beschwerde über das Mißverhältniß zwischen Wohnungsgeldzuschuß und thatsächlichem Wohnungsaufwand der Postbeamten in Baden. — Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Volksp.) beschwert sich über unzulängliche telephonische Verbindung von Meiningen und Hildburghausen mit Süddeutschland, sowie darüber, daß wir im Verkehr mit der Schweiz noch nicht die Inlands-, sondern die theuren Auslandstarife haben. In der Frage der Einheitsmarke sei der bayerische Partikularismus, so berechtigt er auch sonst sein möge, doch nicht am Platze. Wenigstens möchte Bayern veranlaßt werden, in einen beiderseitigen Austausch von Marken einzuwilligen, auch sollte man bei einer etwaigen ungenügenden Frankirung wechselseitig das Strafporto fallen lassen. — Abg. **Ulrich** (Soz.) ruft im Gegensatz zu dem freisinnigen Abg. Crüger den Postassistenten zu: Schielt nicht zu sehr nach dem Reserveoffizier, sondern schafft Euch lieber mehr Rückgrat an! Redner widerspricht ferner dem Werner'schen Verlangen, nicht mehr soviel Damen in der Verwaltung anzustellen, man solle vielmehr die Zahl der für die Damen zulässigen Berufe vermehren statt vermindern. Redner verbreitet sich schließlich über Ueberlastung der Postbeamten mit Arbeit. — Abg. **Stöcker** spricht seine Genugthuung aus über die Vermehrung der etatmäßigen Stellen im vorliegenden Etat, sowie über das Markenübereinkommen mit Württemberg. In Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten müsse aber noch viel mehr geschehen. Dankenswerth würde es sein, wenn der Staatssekretär in Bezug auf den Assistenten- und Unterbeamtenverband sich ebenso beruhigend äußern wollte wie sein Vorgänger, denn diese Verbände seien in der That nicht aufsässig, sondern patriotisch. Anstoß müsse man nach wie vor daran nehmen, daß noch immer Sonntags Vormittags während der Gottesdienstzeit Postpakete bestellt werden, während alle anderen Geschäfte feiern müßten. Auch die Telegrammbestellung müsse Sonntags eingeschränkt werden, nöthigenfalls durch Erhebung einer Extragebühr. Es liege das auch im Interesse der Beamten, für die ein zerrissener Sonntag so gut wie gar kein Sonntag sei. — Abg. Frhr. v. **Hertling** (Centr.) erklärt, bei aller Hingabe an das Reich sei man in Bayern nicht gewillt, ein Reservatrecht, wie das Markenrecht, aufzugeben. Die Aufgabe der bayerischen Postwerthzeichen würde in Bayern große Erregung hervorrufen; und um solchen Erregungsstoff zu schaffen, dazu sei doch die Sache zu geringfügig. — Staatssekretär **Kraetke** erwidert Stöcker, daß in Bezug auf die Reformen des Servißwesens eine Vorlage in Ausarbeitung sei. Bei der augenblicklichen Finanzlage sei aber deren baldige Einbringung zweifelhaft. Bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses könne natürlich die Postverwaltung nicht für sich gesondert vorgehen, sondern es sei das eine Sache, die für die verschiedenen Verwaltungen gemeinsam geregelt werden müsse. Wenn an verschiedenen Orten der Prozentsatz der gehobenen Stellen ein verschiedener sei, so liege das eben an den örtlichen Verhältnissen. Auf eine fernere Anfrage Stöcker's, von welchem Tage die Antwort der englischen Regierung auf die erste diesseitige Vorstellung datire, könne er nur erwidern, sie datire vom vorigen Jahre. Unsere letzte Vorstellung sei vor wenigen Wochen nach England gegangen. Den Sonntagsverkehr einzuschränken, wünsche auch die Postverwaltung dringend, aber es gehe nicht an, nach dieser Hinsicht alle Rücksichten fallen zu lassen, sonst werden besonders auch an Montagen die Raumverhältnisse den Dienstbedürfnissen nicht genügen. Was Ulrich über allzu fiskalisches Vorgehen der Verwaltung gesagt habe in Bezug auf ungenügendes Personal und dessen Anstrengung, entspreche absolut nicht den Thatsachen. In den letzten Jahren habe die Zahl der Unterbeamten um 6000, des Beamtenpersonals um 3000 zugenommen. Während Ulrich ihm zurufe, die Post sei zu fiskalisch, heiße es von anderer Seite, sie bringe zu wenig Ueberschüsse. Daraus darf die Post wohl schließen, daß sie die goldene Mitte hält. Energisch müsse er gegen die Unterstellung protestiren, daß die Reichspostverwaltung die Postassistenten bei Wahrnehmung ihrer Interessen belästige. Auch daß die Beamten bis zur Erkrankung ausgenützt würden, sei nicht richtig. Bezüglich des Wunsches wegen Herstellung eines inneren Tarifs gemeinsam mit der Schweiz, erklärt der Staatssekretär, die Verwaltung sei gewiß gern bereit, in solcher Richtung fortzuschreiten, aber solche Dinge erforderten Zeit. — Abg. **Müller-Sagan** hält seine gestrige Beschwerde über zu hohe Anforderungen beim Sekretär-Examen aufrecht und hofft, daß der Staatssekretär nicht in der Folgezeit in den Fehler des Bureaukratismus zurückfallen möge, unter dem wir leider in den letzten Jahren seines verstorbenen ersten Amtsvorgängers so sehr zu leiden gehabt hätten. Es war gut, daß die Periode seines durch keine Vorkenntniß getrübten unmittelbaren Amtsvorgängers dazwischen lag. Ich halte eine Melange Podbielski-Kraetke für das Beste. (Heiterkeit.) Auf die Beschwerde des Abg. Peus (Soz.) erwidert Staatssekretär **Sydow**, neue Portofreiheitsprivilegien an fürstliche Personen würden nicht mehr ertheilt. Vor dem Gesetz von 1892 sei allerdings auf dem Verordnungswege das betreffende Ehrenrecht allerhöchster Personen und ihrer Gemahlinnen auch auf Telephonlinien für ihren persönlichen Verkehr ausgedehnt worden, sofern der Anschluß der Anlagen auf Kosten der allerhöchsten Herrschaften hergestellt worden sei. Dieses Maß sei in keiner Weise überschritten worden; auf den Gebrauch des Portofreiheitsprivilegs auch für die gewerblichen Zwecke sei von den Herrschaften thatsächlich verzichtet worden. — Abg. **Ulrich** (Soz.) erwidert auf eine Bemerkung des Abg. Müller-Sagan, demselben scheine seine Phantasie einen Streich gespielt zu haben. Er sei in der Parteipresse keineswegs des Byzantinismus beschuldigt worden, weil er als höflicher Mann einer Unterredung mit seinem Großherzog nicht ausgewichen sei. — Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. — Bei einem weiteren Titel erklärt auf eine Anregung des Abg. Schmidt der Staatssekretär: An den katholischen Festtagen, die nicht gesetzliche Festtage seien, werde der Dienst zwar nicht eingestellt, aber den katholischen Beamten Gelegenheit gegeben, ihren kirchlichen Pflichten nachzukommen. — Abg. **Wiemer** (frei. Volksp.) empfiehlt einen Antrag, die Zahl der etatmäßigen Assistentenstellen, die der Etat um 3000 erhöhe, um 4000 zu erhöhen. Die Postverwaltung selbst habe ursprünglich dasselbe vorgeschlagen, der Bundesrath aber 1000 gestrichen. An den Beamtengehältern zu sparen, sei Sparsamkeit am unrechten Orte. — Schatzsekretär v. **Thielmann** verweist darauf, daß die Zahl der etatmäßigen Beamten gerade in diesem Etat wieder erheblich vermehrt worden seien. Es handle sich bei dem Antrage allerdings nur um 1 Million, aber das sei der Anfang auf einer abschüssigen Bahn. — Abg. v. **Waldow** (kons.) steht der Tendenz des Antrags freundlich gegenüber, aber es widerspreche der Gepflogenheit des Hauses, solche Erhöhungen des Etats vorzunehmen, weshalb er dem Antrage nicht zustimmen könne. — Staatssekretär **Kraetke** erklärt, er habe sich mit dem Schatzsekretär dahin geeinigt, daß künftig in die Etats vom 7. Jahre ab das Tagegeld von 4 auf 4½ Mk. resp. in größeren Städten von 4½ auf 5 Mk. erhöht werde; auch wolle er in den nächsten Etat wieder 3000 neue Stellen einstellen. Eine gewisse Beweglichkeit müsse die Verwaltung haben, es empfehle sich deshalb ein Verhältniß der Angestellten zu den Nichtangestellten von ⅔ zu ⅓; das werde er herbeiführen und es werde dadurch erzielt werden, daß das Diätariat nicht länger als durchschnittlich 5 Jahre dauere. Der Antrag Müller-Sagan wird zurückgezogen und statt dessen eine Resolution beantragt, die Regierung zu ersuchen, die Ausgabe für weitere 1000 Assistentenstellen in den Etat einzustellen und bis zur dritten Lesung ihre Bereitwilligkeit hierzu dem Hause mitzutheilen. — Abgg. **Lenzmann** und **Singer** erklären, daß der heute fallen gelassene Antrag bei der dritten Lesung wieder eingebracht werde, wenn nicht bis dahin die Regierung selbst dem in der Erklärung ausgedrückten Wunsche entspreche. Die Abstimmung über die Resolution, die noch nicht gedruckt vorliegt, erfolgt am Montag, ihre Annahme ist sicher. — Weiterberathung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die **Budgetkommission** des Reichstags beendete heute die Berathung der ihr überwiesenen Theile des Postetats. Für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Inneren von Deutsch-Ostafrika von Mpuapua nach Tabora wurden statt der geforderten 602 000 nur 300 000 Mk. mit 14 gegen 13 Stimmen bewilligt. Abg. Liebermann v. Sonnenberg regte an, ob es nicht auf dem Wege der drahtlosen Telegraphie möglich sei, dasselbe zu erreichen, worauf Unterstaatssekretär Sydow auseinandersetzte, daß ein solches Vorgehen jedenfalls nicht billiger werde. Zu Lande könne man höchstens 50—60 Kilometer weit sich einigermaßen verständigen. Die theuren Instrumente, die hohen Aufbauten und die zu stationirenden Beamten würden für eine Gegend wie das Gebiet von Ostafrika wenig praktisch, vielleicht sogar unmöglich sein. Nächste Sitzung Dienstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus der heutigen Verhandlung der **Zolltarifkommission** ist noch mitzutheilen, daß die Verhandlung im Allgemeinen den Charakter einer Generaldebatte trug. Staatssekretär Graf Posadowsky betonte nochmals unter Hinweis auf eine Reihe vertraulicher Mittheilungen, daß die Regierungen bei Aufstellung des Tarifs nicht einseitig Großgrundbesitzer-Inter-